

# Bringing capitalism back in! : Landnahme als Konzept der Arbeitssoziologie

Autor(en): **Dörre, Klaus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **29 (2009)**

Heft 57

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652272>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Bringing Capitalism back in!**

### **Landnahme als Konzept der Arbeitssoziologie<sup>1</sup>**

#### **I.**

„Bringing Capitalism back in“ überschreibt Wolfgang Streeck das Schlusskapitel seines neuen Buchs.<sup>2</sup> Aktuell scheint es, als würde er damit offene Türen einlaufen. Angesichts der größten Wirtschaftskrise seit 1929/32 darf sogar Karl Marx als „Prophet der Krise“ wieder die Titelblätter einschlägiger Periodika zieren.<sup>3</sup> Goldene Zeiten für die Arbeitssoziologie, könnte man meinen. Hatte sich die Disziplin doch von Kritikern vorhalten lassen müssen, ihre theoretische Fundierung sei antiquiert. Sie scheitere, weil sie den Kapitalismus wie Marx noch immer auf die Gesellschaft im Allgemeinen beziehe. Ein Kardinalfehler, wie die Kritiker meinen, denn so werde das Signum moderner Gesellschaften, ihre Ausdifferenzierung in eigenlogisch funktionierende Subsysteme, konzeptuell verfehlt.<sup>4</sup>

Nun wäre es verlockend, Differenzierungs-Theoretiker zu fragen, wie sie einen Krisenprozess globaler Dimension, der sich weder in seinen Ursachen noch in seinen Folgen auf ein ökonomisches Funktionssystem reduzieren lässt, eigentlich erklären wollen. Und sicher böte sich genügend Stoff für Polemik, würde man die Palette der (Nicht-)Antworten genüsslich aufbereiten. Doch so einfach ist die Sache nicht. Denn im Grunde zielte die zitierte Kritik bereits auf einen Pappkameraden. In der „postindustriellen Industriesoziologie“<sup>5</sup> spielt der Kapitalismus als soziale Formation schon seit langem keine Rolle mehr. Wo Kapitalismus als Kategorie noch auftaucht, wird er überwiegend im Plural buchstabiert. Dies mit der Folge, dass seine formativen Kräfte in den meisten Analysen zur bloßen Kontextvariablen geraten. Der Kapitalismus wird vorausgesetzt. Erklärungsbedürftig erscheinen institutionelle Kon- oder Divergenz, die Heterogenität von Produktions- und Innovationsmodellen oder auch die Variationsbreite von Arbeitsbeziehungssystemen. Als dynamische soziale Formation ist der Kapitalismus indessen seit langem kein Thema mehr. Das rächt sich in Zeiten, in denen das „Think big!“ in die Sozialwissenschaften zurückkehrt, oder besser: zurückkehren sollte.

Statt fertige theoretische Antworten präsentieren zu können, steht die Arbeitssoziologie ihrerseits vor grundlegenden Fragen. Schon Mitte der 1990er hatte Wolfgang Streeck prognostiziert, die deregulierende Tendenz der Globalisierung führe zu dem „perversen Ergebnis“, dass das der weniger leistungsfähigere anglo-amerikanische Kapitalismus das sozial leistungsfähigere Rheinmodell verdränge. Heute wissen wir: Solche Entwicklungen – siehe etwa die Ausdehnung des Niedriglohnsektors über auf 22 % aller Beschäftigungsverhältnisse – gibt es tatsächlich. Wir wissen allerdings auch, dass die Blaupause für diese Veränderungen von einem

Kapitalismusmodell stammt, welches von der globalen Wirtschaftskrise besonders heftig gebeutelt wird. Blicken wir auf den Maschinenbau oder das Wertschöpfungssystem Automobil, wird deutlich, weshalb nun ausgerechnet der lange Zeit prosperierende Süden den Osten der Bundesrepublik als Krisenregion einholen könnte. Das wirft eine Frage auf, die sich bei Wolfgang Streeck so nicht findet: Wie ist zu erklären, dass ökonomisch-politische Anpassungen, die in hermetischen Globalisierungsszenarien als geradezu alternativlos galten, eine derart zerrüttete Ökonomie, Rekord-Staatsverschuldung und eine Vertiefung sozialer Spaltungen hervorgebracht haben?

## II.

Um *diese* Frage beantworten zu können, ist es sinnvoll, den Kapitalismus als soziale Formation wieder zum Gegenstand soziologischer Analyse zu machen. Gemeinsam und in wechselseitiger Kritik haben Stephan Lessenich, Hartmut Rosa und ich dazu einen Vorschlag gemacht. Unter Kapitalismus verstehen wir, zunächst sicher wenig originell, Akkumulationsregimes, die auf G', auf die Selbstverwertung von Wert, ausgerichtet sind; dann Regulationsweisen oder Regulationsdispositive, die das Verhalten eigensinniger sozialer Akteure mit diesem Ziel in Einklang zu bringen suchen sowie schliesslich einen besonderen „kapitalistischen Geist“, der entsprechende Verhaltensweisen mit Sinn ausstattet. Der Minimaldefinition fügen wir jedoch einen zentralen Gedanken hinzu. Uns geht es um die *Entwicklungsweise* des Kapitalismus, die sich sozioökonomisch als Landnahme<sup>6</sup>, kulturell als Beschleunigung<sup>7</sup> und staatlich-politisch als Aktivierung<sup>8</sup> analysieren lässt. Nachfolgend will ich mich auf das Konzept der *Landnahme* konzentrieren und es in seiner subjektiven Dimension ausleuchten.

Um die Grundidee dieses Konzepts zu veranschaulichen, sei es zunächst mit einem Marx'schen Gedanken kontrastiert, der in einem Teil der Sozialwissenschaften inzwischen weitgehend akzeptiert ist: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne... sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren... Alle festen, eingerosteten Verhältnisse... werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft...“, heißt es im „Manifest“.<sup>9</sup> Marx und Engels skizzierten hier eine universelle, nivellierende Tendenz des Kapitals, die heute gern zur Begründung „kosmopolitischen Denkens“<sup>10</sup> genutzt wird. Doch in dieser Linearität, so meine These, hat sich der Kapitalismus niemals entwickelt, weil er zur eigenen Bestandssicherung strukturell auf ein „Außen“, auf nicht-kapitalistische, nicht-marktförmige Verhältnisse und Verhaltensweisen angewiesen bleibt. Der Kapitalismus, auch der aktuelle, ist keine reine Marktgesellschaft, kein reiner Wettbewerbskapitalismus und er kann es auch niemals werden. Die Dynamik und Überlebensfähigkeit des Kapitalismus wurzelt gerade darin, dass er in

krisehaften Prozessen bislang immer wieder in der Lage war, Selbststabilisatoren jenseits von Markt und Konkurrenz hervorzubringen, die sein Überleben sicherstellten. Schon deshalb lässt sich Kapitalismus nicht auf Märkte und Wettbewerb reduzieren. Ohne marktvermittelte Konkurrenz kann Kapitalismus nicht funktionieren. Um sich im Wettbewerb betätigen zu können, sind bei individuellen wie kollektiven Akteuren jedoch Verhaltensweisen vonnöten, die auf Kooperation, mitunter gar auf Solidarität beruhen und die damit in gewisser Weise das Gegenteil von Wettbewerb voraussetzen.

Die Grundlagen eines solchen Kapitalismusverständnisses hat Pierre Bourdieu<sup>11</sup> in seinen Studien zur algerischen Übergangsgesellschaft anhand der Genese eines mit kapitalistischen Verhältnissen kompatiblen ökonomischen Habitus skizziert. Was die Neoklassik gleichsam als überhistorische, naturwüchsig gegebene Eigenschaften des Homo oeconomicus betrachtet – die Ausbildung einer von bloßen Bedarfen abgelösten rational-kalkulierenden Denkweise – kann, wie Bourdieu zeigt, überhaupt erst aufgrund spezifischer historischer Gegebenheiten entstehen. Nur auf der Basis wenigstens eines Minimums an Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit ist die Entwicklung eines in die Zukunft gerichteten Bewusstseins möglich. Und erst dieses Zukunftsbewusstsein, das individuelle Planungsfähigkeit voraussetzt, lässt rational-kalkulierendes Verhalten real werden. Selbst ein Unternehmer, der strukturell mit Unsicherheiten konfrontiert wird, benötigt daher ein Minimum an Planungssicherheit. In seinem ureigensten (Gewinn)Interesse muss er danach streben, die Willkür der Marktkonkurrenz wenigstens zeitweilig zu begrenzen.

Just an dieser Zwangsläufigkeit setzen institutionalistische und – etwas modifiziert – auch regulationstheoretische Kapitalismustheorien an. Ihr zentrales Argument lautet, dass Marktvergesellschaftung nur dann funktioniert, wenn eine stabile Institutionenordnung dafür sorgt, dass die Handlungsstrategien maßgeblicher Akteure auf die Erfordernisse der Kapitalakkumulation abgestimmt werden.<sup>12</sup> Ein Grundproblem dieser Ansätze besteht allerdings darin, dass sie trotz aller Divergenzen dazu tendieren, die systemische Rationalität des Kapitalismus, die Handlungsrationale seiner wichtigsten Akteure und damit auch die Möglichkeit korporativer „Elitendeals“ zu überschätzen. Theorien, die kapitalistische Entwicklung als Landnahmen begreifen, versuchen solche Engführungen zu vermeiden. Marx nutzte das Landnahmekonzept zur Analyse der naiven Akkumulation des Kapitals. Während er den „Sündenfall“ einer „Sprengung rein ökonomischer Gesetzmäßigkeit durch politisches Handeln“<sup>13</sup> jedoch nur für den Übergang vom Feudalismus zum industriellen Kapitalismus gelten lassen wollte, hat das Landnahmtheorem in späteren Fassungen eine Generalisierung erfahren. An dieser Stelle ist es nicht möglich, die unterschiedlichen Varianten des Konzepts ausführlich zu diskutieren, daher seien lediglich vier Basisannahmen benannt.

### III.

Die *erste* Annahme lautet, dass die kapitalistische Entwicklung einer *komplexen Innen-Außen-Dialektik* folgt und daher stets ein Doppelgesicht besitzt. Eine an Effizienz und Äquivalententausch orientierte Rationalität setzt sich in den Produktionsstätten des Mehrwerts, in den Fabriken, der durchkapitalisierten Landwirtschaft und auf den Warenmärkten durch. Hier reproduziert sich der Kapitalismus weitgehend auf seinen eigenen Grundlagen. Die andere Entwicklung bricht sich in Austauschbeziehungen zwischen der Kapitalakkumulation einerseits sowie nichtkapitalistischen Produktionsweisen und Territorien andererseits Bahn. Auf deren Okkupation bleibt die kapitalistische Ökonomie strukturell angewiesen, weil im „inneren Verkehr“ nur begrenzte Wertteile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts realisiert werden können.<sup>14</sup> Gegen die in klassischen Theorien (Rosa Luxemburg, Hannah Arendt) angelegten zusammenbruchstheoretischen Implikationen lässt sich einwenden, dass die Okkupation eines bereits bestehenden „Außen“ – seien es nichtkapitalistische Gesellschaften, seien es nicht kommodifizierte Sektoren innerhalb dieser Gesellschaften – nur *eine* Form der Landnahme darstellt. Ein „Außen“ kann aber auch aktiv hergestellt werden. Aktive Herstellung bedeutet, dass die Kette der Landnahmen prinzipiell unendlich ist. Dabei geht jede Landnahme zugleich mit *Landpreisgabe* einher, sodass immer wieder Räume, nicht marktförmig organisierte Sektoren oder auch Reservearmeen (potentieller) Arbeitskräfte entstehen, die dann zum Objekt neuer Landnahmen werden können. Jeder Landnahmezyklus ist in seinen soziökonomischen, kulturellen und politischen Besonderheiten einmalig. Auf letztendlich absolute, gleichwohl ebenfalls hinauschiebbare Grenzen stößt diese Entwicklungsweise jedoch nur beim Verbrauch menschlicher wie außermenschlicher Natur.<sup>15</sup>

*Zweitens* ist die *historische Parallelität* unterschiedlicher Eigentums- und Produktionsverhältnisse eine Konstante kapitalistischer Entwicklung.<sup>16</sup> Bedenkt man, dass sich der Prozess ursprünglicher Akkumulation über Jahrhunderte hinzog und erst mit der industriellen Revolution einen Abschluss fand, wird klar, weshalb man für ganze Epochen von einer parallelen Existenz kapitalistischer wie nichtkapitalistischer Produktionsweisen ausgehen muss. Diese Parallelität prägte, wie Burkart Lutz anhand des Dualismus von Industrie und traditionalem Sektor gezeigt hat, selbst die fordistische Landnahme nach 1945 und sie hält in modifizierter Form bis in die Gegenwart an. Dies festzustellen bedeutet zugleich eine Abkehr von der Statik vieler regulationstheoretischer oder institutionalistischer Ansätze. Der Übergang von einer zu einer anderen kapitalistischen Formation ist gewissermaßen ein Kontinuum kapitalistischer Entwicklung. Der fordistische Kapitalismus wird nicht einfach durch einen Finanzmarkt- oder einen desorganisierten Kapitalismus ersetzt. Über einen langen Zeitraum hinweg bestimmt die historisch ältere Formation weiter die soziale Realität. Die klare Konturierung einer dominanten Formation, also die soziale

Realität, die sich in den diversen Modellkonstruktionen niederschlägt, bezeichnet hingegen eher die historisch kurzen Momente, in denen ein Landnahmezyklus an sein Ende gelangt.

*Drittes* Charakteristikum kapitalistischer Landnahmen ist die *zentrale Rolle von Staat und Politik* beim Anstoßen der Akkumulationsdynamik. Verallgemeinert man das Landnahmekonzept, so kann es eine „reine“, von staatlicher Intervention völlig abgelöste ökonomische Rationalität nicht geben. Vielmehr konstituieren Ökonomie und Politik jeweils einen *Modus operandi* kapitalistischer Landnahmen, der „lange Wellen“ kapitalistischer Akkumulation prägt. Grundsätzlich sind Landnahmen keine linearen Prozesse; sie beruhen auch auf Zufällen, auf kontingenten Entscheidungen und Strategiepluralismus, sie erzeugen Reibungen und Widersprüche, sie lösen Gegenbewegungen aus, motivieren zu Protest und Widerstand. Dennoch umfasst jeder Modus operandi eine Dominante, die sich in langen Zyklen der Marktöffnung und Marktschließung niederschlägt.

Prinzipiell lassen sich zwei Grundformen des Modus operandi kapitalistischer Landnahme unterscheiden, die auf unterschiedlichen Ausprägungen staatlicher Politik beruhen und mit je eigenen Formen der Landpreisgabe verbunden sind. Die eine Grundform beruht auf einer Dominanz von *De-Kommodifizierungspolitiken*, das heißt auf der relativen Abkoppelung der Lohnarbeit von Marktrisiken. Die „Sprengung“ rein ökonomischer Gesetzmäßigkeiten vollzieht sich in diesem Falle z. B. durch Infrastrukturinvestitionen, die Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen, die Produktion von Kollektivgütern und den Ausbau kollektiver Sicherungssysteme. Es geht um längerfristige Fixierungen von Kapital im sekundären oder tertiären Kreislauf. Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung und Ausbildung mildern wegen langfristiger Kapitalbindungen den Krisenzyklus. Für die molekularen einzelkapitalistischen Operationen entsteht ein auch politisch hergestelltes „Außen“, das, obwohl der privaten Akkumulation entzogen, doch zur Verbesserung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit genutzt werden kann. Landnahme, also z.B. die Inwertsetzung des traditionellen Sektors im Fordismus, ist in diesem Fall mit einer weitreichenden Landpreisgabe etwa im öffentlich Sektor verbunden.

Wird die Einhegung der Marktvergesellschaftung als Hindernis der Kapitalverwertung empfunden, wächst indessen das Interesse ökonomischer Eliten an einer anderen Grundform der Landnahme, die auf *Re-Kommodifizierungspolitiken* und *sozialem Ausschluss* beruht. Finanzialisierung, Börsengänge, Fusionen, Übernahmen von Unternehmen, Privatisierung oder auch die Nutzung des Reservearmeemechanismus sollen überschüssigem Kapital ermöglichen, sich freigesetzter Vermögenswerte zu möglichst niedrigen Kosten zu bemächtigen.<sup>17</sup> Wo dies zu Deindustrialisierung, zu wirtschaftlichem Niedergang, Massenarbeitslosigkeit und Armut führt, entsteht wiederum ein „Außen“ – verwüstete, verlassene Regionen, brachliegende oder prekarisierte Arbeitskraft –, das sich in einer

späteren Entwicklungsphase zum Objekt langfristiger Reparaturinvestitionen mausern kann. Ohne die Okkupation „äußerer“ Vermögenswerte kann der Kapitalismus auf Dauer nicht existieren. Ziele, Formen und Mittel der Landnahmen variieren jedoch erheblich und sind innerhalb bestimmter Handlungskorridore durch politisch-staatliche Interventionen beeinflussbar.

*Viertens* schließlich fungiert der Staat in jedem Landnahmezyklus als *Geburtshelfer neuer Produktionsweisen*. Er gestaltet die Innen-Außenbeziehungen, indem er Arbeitstätigkeiten hierarchisiert und die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, die parallele Existenz unterschiedlicher Produktionsweisen und Lebensformen, wirtschaftlich nutzbar macht. Das geschieht beispielsweise durch die Installierung sekundärer Ausbeutungsmechanismen. Sekundär meint in diesem Fall keineswegs weniger schmerzhaft, weniger brutal oder weniger wichtig. Das Gegenteil kann der Fall sein. Konstitutiv für Formen sekundärer Ausbeutung ist, dass die Rationalität des Äquivalententauschs, die den marktkapitalistischen Sektor strukturiert, nicht oder nur mit Einschränkungen gilt. Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, die Funktionalisierung vorwiegend weiblicher Reproduktionstätigkeiten oder die Installierung eines transitorischen, scheinbar auf Rückkehr in die Heimat gerichteten Migrantensstatus sind geradezu klassische Fälle für die Funktionsweise solcher Mechanismen. Zu ihrer Legitimation werden häufig Konstruktionen von Ethnie und Geschlecht genutzt, die ihren Ursprung teilweise in vorkapitalistischen Verhältnissen haben.<sup>18</sup> Durch die Indienstnahme solcher Innen-Außen-Differenzen kann sichergestellt werden, dass beständig kostengünstige Arbeitskraft für die unattraktiven Segmente des Arbeitsmarktes mit ihren wenig qualifizierten, stark belastenden und gering entlohnten Arbeiten mobilisierbar ist. Dabei spielen, wie Marx am Beispiel der Instrumentalisierung des Bettelverbots aus der Feudalzeit oder Foucault anhand der Workhouses gezeigt haben, staatliche Zwangsmechanismen zur Herstellung von Arbeitsdisziplin eine wichtige Rolle.

In der systematischen Nutzung von Arbeitskraft, deren Preis unter ihren Wert gedrückt wird, offenbart sich eine spannungsvolle Synthese von Universalismus und Partikularismus, wie sie jeder kapitalistischen Landnahme eigen ist. Das universelle Modernisierungsversprechen des Kapitalismus gründet sich nur zum Teil auf die Fähigkeit kapitalistischer Akteure, das Säurebad der Konkurrenz durch fortwährende Produkt- und Prozessinnovationen zu bestehen, die den first movers Extraprofite versprechen. Es gibt immer auch eine andere Möglichkeit: die der *regressiven Modernisierung* durch Re-Kommodifizierung und Ausschluss. Kapitalistische Entwicklung folgt somit nicht allein den Geboten ökonomisch-technischer Effizienz und rational-kalkulierenden Denkens. Außerhalb der „inneren Märkte“ beruht sie immer auch auf Zerstörung, Irrationalität, Spekulation, ja mitunter auf betrügerischen Praktiken und Gewalt.<sup>19</sup> Stellt

man dies in Rechnung, muss man die Steuerungsfähigkeit kapitalistischer Ökonomien und die kollektive Lernfähigkeit ihrer zentralen Akteure skeptisch beurteilen. Zwar können kapitalistische Marktwirtschaften ohne marktbildende Institutionen und Verhaltensweisen im Grunde nicht existieren; historisch stellt sich jedoch immer wieder die Tendenz ein, markt-begrenzende Regeln und Kompromissbildungen grundlegend infrage zu stellen. (...)

## VI.

Das skizzierte Konzept kapitalistischer Landnahmen zielte bislang vor allem auf Entwicklungsprozesse kapitalistischer Formationen; es besitzt jedoch auch eine subjektive Dimension. Dies lässt sich zeigen, wenn man individuelle und kollektive Subjekte als „geschichtliche Blöcke“ betrachtet.<sup>20</sup> Subjektivität konstituiert sich demnach über ein Hineinsozialisieren in gesellschaftliche Orientierungssysteme (Ideologien), die jeweils aus mehreren Schichten (Leitbilder und intellektuelle Bezugssysteme mit quasi-wissenschaftlichem Anspruch, institutionelle Praxen, Alltagsverstand) zusammengesetzt sind.<sup>21</sup> Dies ist bedeutsam, weil so deutlich wird, dass kapitalistische Landnahmen auch in ihrer subjektiven Dimension durch eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen geprägt werden. Auf der Leitbildebene, der reflexiven Schicht gesellschaftlicher Ideologien, ist es vergleichsweise leicht möglich, Zäsuren vorzunehmen und einen formationsspezifischen „Geist des Kapitalismus“<sup>22</sup> zu etablieren. Ein solch hegemonialer Geist setzt sich aber nicht nur aus einer „Gesamtheit von Glaubenssätzen“ zusammen, „die mit der kapitalistischen Ordnung verbunden sind und zur Rechtfertigung dieser Ordnung, zur Förderung der damit zusammenhängenden Handlungsweisen und Dispositionen beitragen“.<sup>23</sup> Schon auf der Ebene institutioneller Praktiken beinhaltet dieser „Geist“ sperrige Dispositionen und Praktiken, die sich nur in länger währenden historischen Prozessen umformen lassen. Das gilt umso mehr für die internalisierten Habitusformen, deren Inkorporation die Geschichtlichkeit individueller Subjekte ausmacht. Habitusformen sind inkorporierte Vergangenheit; sie wirken gewissermaßen über ihre Erzeugungsbedingungen hinaus (Hysteresiseffekt) und sie erzeugen Verhaltenskontinuität, weil sie sich bei der auf soziale Felder abgestimmten Selektion von Handlungsstrategien graduell als höchst variabel erweisen.

Was dies bedeutet, lässt sich anhand einer Befragung der Belegschaften von fünf Betrieben eines Unternehmens aus der Elektronik-Branche verdeutlichen.<sup>24</sup> Obwohl der Shareholder Value in der Managementrhetorik nur eine untergeordnete Rolle spielt, werden die Beschäftigten seit geraumer Zeit mit einem Leitbild konfrontiert, das die „unternehmerische“ Arbeitskraft im globalen Wettbewerb anruft. Das Top-Management agiert nach der Devise: „Noch produzieren wir vor Ort, was in fünf Jahren ist, wissen wir nicht“. Die so erzeugte Unsicherheit hat durch die Aufspaltung

in mehrere eigenständige Betriebe und die damit verbundene Implementation interner Marktbeziehungen zusätzliche Schubkraft erhalten. Während aus Sicht der Unternehmensspitze vieles, was jahrzehntelang ein besonderes Firmenbewusstsein ausmachte, in der globalen Konkurrenz obsolet erscheint, sorgen sich die Betriebsräte um die Einheit des Unternehmens und den Zusammenhalt der Belegschaft. Für die Analyse *subjektiver* Landnahme sind zwei Befunde bedeutsam.

*Erstens:* Da das Unternehmen zum Erhebungszeitpunkt erstmals seit langem ruhiges Fahrwasser erreicht hatte, verwundert es kaum, dass eine Mehrheit von 56% der Befragten ihren Arbeitsplatz für sehr sicher oder eher sicher hält. Dennoch trifft dies für eine relevante Minderheit nicht zu: Eine große Gruppe von 30% schwankt, immerhin 10% empfinden ihren Arbeitsplatz als eher oder sehr unsicher. Im Grunde wissen jedoch alle Befragten, dass es im Unternehmen keine längerfristige Sicherheit gibt. Die Krise ist letztlich ein Zustand in Permanenz. Ein Betriebsteil hat immer Probleme, weshalb der Zeithorizont für Arbeitsplatzsicherheit stets ein begrenzter ist. Insofern gründet sich das subjektive Sicherheitsempfinden primär auf die eigene Qualifikation und Leistungsbereitschaft sowie die daran gekoppelte Antizipation eigener Chancen am Arbeitsmarkt.

Überraschend ist jedoch, dass die latente Verunsicherung, die sich hinter den subjektiven Sicherheitsbekundungen verbirgt, keineswegs dazu führt, dass das Sonderbewusstsein der Belegschaft und ihre hohe Identifikation mit dem Unternehmen rasch erodiert. Im Gegenteil, 75% identifizieren sich weiter „stark“ oder „sehr stark“ mit der Firma und zwei Drittel sind stolz auf ihre Zugehörigkeit. Zwar variieren Selbstdefinition und Firmenidentifikation nach Betrieben und Altersgruppen, doch die sozialisatorische Kraft des Firmenbewusstseins ist noch immer erstaunlich groß. Das Sonderbewusstsein gründet sich auf einen wahrgenommenen „Technologievorsprung“ (73%) sowie „Investitionen in Forschung und Entwicklung“ (81%), auf die „sehr gute Qualifikation“ (74%), die „Qualitäts- und Leistungsorientierung“ (79%, 65%) der Belegschaft und nicht zuletzt auf die „soziale Tradition“ des Unternehmens (60%), die ursprünglich mit einer besonders ausgeprägten Form sozialreformerischen Unternehmertums verbunden war.

Erstaunlich ist, dass dieses Sonderbewusstsein als habitualisierte, inkorporierte Struktur nicht nur die DDR, sondern auch die anschließende Transformationsperiode überdauert hat. Ungeachtet fortwährender Standortkonkurrenzen, Produktionsverlagerungen und Unternehmensaufspaltungen stellt es subjektiv Kohärenz her. Die Zeiten mögen unsicher sein, die Belegschaft vertraut auf ihr Können, ihre Technologie, ihre Qualifikation und Leistungsbereitschaft. Nach wie vor stellt das Unternehmen für die Beschäftigten einen Hort der Stabilität inmitten einer stürmischen See dar, den es – punktuell auch gegen die eigene Unternehmensspitze – zu verteidigen gilt. Zwar erwartet eine Mehrheit der Befragten (60%), dass

die Firmenidentifikation erodieren und die Elektro-Firma zu einem „normalen“ Unternehmen werden könnte. Doch die – real durchaus verblasende – sozialreformerische Tradition wird mehrheitlich (71% Zustimmung) gegen widrige Entwicklungen verteidigt.

Auf die Kontinuität dieses Sonderbewusstseins, und nicht auf die affirmative Verinnerlichung eines von außen vorgegebenen „unternehmerischen“ Leitbildes, gründen sich Leistungsbereitschaft und Einsatzwille eines Großteils der Befragten. Ganz im Gegensatz zu Klassikern einer kritischen Arbeitssoziologie, die betriebsförmig organisierte Arbeitsprozesse als Erfahrungsraum definierten, in welchem kapitalistische Herrschaft unmittelbar zu erleben war, betrachten die befragten Arbeiter und Angestellten ihr Unternehmen als verbleibendes Refugium nicht nur von Leistungsanforderung und -anerkennung, sondern auch als – vielleicht letzten – Garanten sozialer Stabilität.

*Zweitens:* Die wertgeladene Selbstdefinition als „stolze Firmenangehörige“ und die hohe Identifikation mit dem Unternehmen bedeuten keineswegs, dass die Mehrheit der Befragten unkritisch auf die Welt und die Gesellschaft blickt. Vielmehr speist sich auch aus dem besonderen Firmenbewusstsein Kritik an einem globalisierten Kapitalismus, dem die – nur noch rudimentär vorhandene – soziale Orientierung des Unternehmens vollends zum Opfer fallen könnte. So sind nahezu 80% der Befragten der Ansicht, dass der gesellschaftliche Reichtum gerechter verteilt werden könnte; 58% (69% der Facharbeiter) stimmen der Aussage zu, in der Gesellschaft gebe es nur noch „unten“ und „oben“ und keine soziale Mitte mehr, 64% beklagen eine egoistische Ellenbogenmentalität und immerhin 40% fürchten um den Zusammenhalt der Gesellschaft. 70% der Befragten stimmen vollständig (39%) oder teilweise (31%) dem Statement zu, die heutige Gesellschaft sei „auf Dauer nicht überlebensfähig“. Während 29% die Aussage „Kritik am Kapitalismus führt nicht weiter, das sind nun mal die Spielregeln“ für richtig halten, stößt dieser Satz bei einer relativen Mehrheit (44%) auf Ablehnung. Die kritische Gesellschaftssicht verbindet sich, trotz starker Betonung des Leistungsethos, mehrheitlich durchaus mit einer solidarischen Grundhaltung gegenüber Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Nur eine, allerdings nicht zu vernachlässigende, Minderheit von 19% der Befragten ist der Ansicht, Arbeitslose müssten stärker unter Druck gesetzt werden; die übergroße Mehrheit lehnt solche Aussagen ab.

Bemerkenswert ist, dass kritisches Gesellschaftsbewusstsein, das offenbar einer alltagsphilosophischen „Gesamtkonzeption“ folgt, sich keineswegs in Bereitschaft zu gewerkschaftlicher Organisation und kollektivem Engagement niederschlägt. Besonders deutlich wird dies bei einer Teilgruppe, die wir „gewerkschaftsentfremdete Gesellschaftskritiker“ (27% der Befragten) nennen. Diese Gruppe hält Kapitalismuskritik für berechtigt und wendet sich dagegen, Druck auf sozial Schwache auszuüben, ohne dass daraus eine Bindungsbereitschaft an die Gewerkschaft oder den Be-

triebsrat erwächst. Auch die Identifikation mit dem Unternehmen und die Selbstidentifikation als stolze Unternehmensangehörige sind unterdurchschnittlich ausgeprägt. Diese Gruppe, die sich vor allem aus technischen und kaufmännischen Angestellten sowie aus jüngeren Beschäftigten zusammensetzt, verkörpert gewissermaßen eine „heimatlose“ Kritik mit unklarer Zielbestimmung, die den kollektiven Akteuren eine wirkungsmächtige gesellschaftspolitische Rolle abzusprechen scheint.

Solche Befunde illustrieren, was kapitalistische Landnahme in ihrer subjektiven Dimension auf der Betriebsebene bedeutet. Tatsächlich sehen sich Beschäftigte in ihrem Alltag immer wieder mit Leitbildern einer wettbewerbszentrierten „unternehmerischen“ Rationalität konfrontiert. Ihre Selbstdefinitionen bleiben davon jedoch merkwürdig unberührt. Sofern sich die Befragten konform zu diesen Leitbildern verhalten, geschieht dies auf der Grundlage eines historisch gewachsenen Sonderbewusstseins, dem die Unternehmensführung zumindest teilweise die Funktionalität abspricht. Die Subjektkonstitution vollzieht sich somit in einer geradezu paradoxalen Konstellation. Just jene sedimentierten Schichten des Arbeits- und Firmenbewusstseins, die den Transfermechanismen der finanzgetriebenen Landnahme als sperriges „Außen“ erscheinen, sind subjektive Quellen eigensinniger Praktiken und kapitalismuskritischer Haltungen. Sie dienen aber auch als emotionale, habitualisierte Basis besonderer Leistungsbereitschaft und Identifikation mit dem Unternehmen.

Derartige Dispositionen werden durch die aktuelle Krise nicht unmittelbar erschüttert. Krisen sind die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen seit langem gewohnt. Im Krisenmanagement bewandert und an die Anwendung geeigneter Instrumente (Kurzarbeit, Entlassung von Leiharbeitern, etc.) gewöhnt, ist die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten auch von größeren Auftragseinbrüchen nicht beunruhigt. Solange Entlassungen von Stammbeschäftigten vermieden werden können, so lange ist selbst eine globale Krise subjektiv kein Ereignis, das die eingelebten Denk- und Handlungsschemata erschüttern könnte.

In diesem Punkt veranschaulichen die Daten trotz zahlreicher Besonderheiten eine allgemeine Tendenz. In der Mehrzahl der von uns in jüngster Zeit untersuchten Betriebe schließen sich in Anbetracht der Krise die Wettbewerbskoalitionen zwischen Management und Stammbeschäftigten. Abgelagerte Erfahrungen und Identifikationen werden zum sozialen Kitt von Überlebensgemeinschaften, die sich nicht wegen, sondern trotz unternehmerischer Vereinnahmung formieren. Doch die – schon immer praktizierten – korporativen Handlungsstrategien, die die Basis dieser Überlebensgemeinschaften sind, bedeuten in ihren Konsequenzen keine bloße Fortschreibung institutionell verbürgter Rationalitäten. Leistungs- und Flexibilitätsbereitschaft z. B. sind mehrheitlich nicht mehr Mittel individuellen Aufstiegs, sondern Selbstversicherung gegen antizipierten sozialen Abstieg. Und die von Interessenvertretungen fast ausnahmslos praktizier-

te Strategie, zunächst die – schrumpfenden – Stammebelegschaften zu sichern, bedeutet umgekehrt, dass Risiken primär den flexibel und prekär Beschäftigten aufgebürdet werden.

Bei aller Kontinuität von Handlungsstrategien und Institutionen vollzieht sich auf diese Weise doch ein gravierender Wandel. Mitbestimmung und tarifliche Normen prägen nur noch einen begrenzten Ausschnitt der betrieblichen und gesellschaftlichen Realität. Die bloße Verteidigung der Interessen von Stammbeschäftigten läuft, soweit sie die Prekarisierungsrisiken anderer Gruppen außer Acht lässt, faktisch auf eine Zementierung sekundärer Ausbeutungsmechanismen und damit auf eine Vertiefung bestehender Spaltungslinien innerhalb der Gesamtarbeitskraft von Unternehmen hinaus. Doch das muss nicht notwendig der Fall sein. Die Untersuchungsergebnisse dokumentieren einen im Alltagsbewusstsein verbreiteten, gleichwohl heimatlosen Antikapitalismus, der in gewisser Weise auf eine Veränderung des Status quo drängt.

## V.

Damit bin ich bei einem abschließenden Gedanken: Mithilfe des Landnahmetheorems lässt sich der Blick für alternative Entwicklungsmöglichkeiten und damit für *Strategic Choice* öffnen.<sup>25</sup> Möglich ist, dass wir gegenwärtig eine Transformationskrise durchleben, in der – darin vergleichbar mit der großen Depression 1929/32 – der dominante Modus operandi kapitalistischer Landnahme wechselt. In einem günstigsten Fall könnte ein ökologischer New Deal mit dem „Staat als Pionier“ tatsächlich die Weichen für langfristige Investitionsprogramme (Nutzung der Solarenergie, Erhöhung der Nutzungseffizienz) stellen und so überschüssiges Kapital in den tertiären Kreislauf, in drängende Infrastrukturinvestitionen leiten. An dieser Stelle ist es nicht möglich, die Chancen eines ökologischen Wachstumszyklus ausführlich zu erörtern.

Schon in der technokratischen Version einer ökologischen Industriepolitik enthält ein solches Projekt zahlreiche Unbekannte. Niemand weiß z. B. genau, ob und in welchem Maße ein Umsteuern auf regenerative Energien Beschäftigung schafft. Auch die gesellschaftliche Ausrichtung notwendiger Innovationen birgt Stoff für Großkonflikte in sich. Denn zwischen den großtechnologischen Problemlösungen, wie sie die Energiekonzerne und ihre Lobbys favorisieren (Solarkraftwerke mit großen Netzen in der Sahara) und der dezentralen Solarwirtschaft, wie sie ein Hermann Scheer<sup>26</sup> vorschlägt, liegen Welten. Allerdings hat selbst ein Projekt, das den Bestand des Kapitalismus sichern soll, letztlich wohl nur Realisierungschancen, wenn radikale Kritik am Status quo dafür sorgt, dass die Tendenz zu regressiver Modernisierung umgekehrt wird. In Anlehnung an Boltanski und Chiapello lässt sich feststellen, dass Kapitalismuskritik heute in einem gewissen Sinne zu einer unentbehrlichen Quelle sozialer Innovation geworden ist. Sie stellt ein intellektuelles „Außen“, ein Äquivalent für

treibende Ideen (siehe z. B. die aktuelle Verwandlung der Tobin-Tax von einer Forderung der globalisierungskritischen Bewegung in eine Eliten-Orientierung) dar, die zu produzieren die eigentlichen Innovationsapparate des Kapitalismus offenbar gar nicht mehr in der Lage sind.

Dies vor Augen, sollte es vornehme Aufgabe der Arbeitssoziologie sein, ihren kritischen Stachel wieder zu schärfen. Dazu gehört, dass sie abweichende, nicht regelhafte, subversive Phänomene in den Blick nimmt. Sicher kann man empirisch nachweisbare Trends zu Wahrscheinlichkeiten verdichten und beliebig in die Zukunft projizieren. Doch eine derart ausgerichtete positivistisch-pseudorealistische Forschung läuft beständig Gefahr, lediglich das zu reproduzieren, was man ohnehin schon zu wissen glaubt. Stattdessen ist es sinnvoll, die Analyseperspektive der Arbeitssoziologie auszuweiten und neben der Struktur des Kapitalismus auch Strategic Choice in den Blick zu nehmen. Ausweitung bedeutet z. B. Transformation des allzu engen Arbeitsbegriffs der Arbeitssoziologie. Nimmt man die Perspektive der Workforce, der Gesamtarbeitskraft in Wertschöpfungssystemen ein, so kann vieles, was derzeit als analytische Beliebigkeit erscheint – das unverbundene Nebeneinander von Arbeitskraftunternehmer, immaterielle Arbeit, flexiblem Taylorismus, standardisierter Dienstleistungsarbeit, prekärer Beschäftigung und unbezahlter Reproduktionsarbeit – analytisch gebündelt werden. Auf diese Weise ließe sich, zumal in transnationalen Wertschöpfungssystemen, auch das „Außen“ sozial geschützter Lohnarbeit, die verschiedenen Formen prekärer und informeller Arbeit, aber auch die nicht kommodifizierte Tätigkeiten in den Sektoren einer solidarischen Ökonomie, systematisch in eine Forschungsperspektive integrieren.

Strategic Choice sichtbar zu machen, würde vor allem bedeuten, das vom Trend Abweichende analytisch zu nutzen, um Handlungsspielräume auszuloten. Unzweifelhaft befinden sich partizipatorische Arbeitspolitiken in der Krise, doch es gibt auch Gegenbeispiele. Sicherlich erweist sich die straffe Profitsteuerung von Unternehmen als zählebig, doch es gibt Unternehmen, die sich an anderen Steuerungsformen orientieren. Ohne Zweifel befinden sich die Gewerkschaften weltweit in einer tiefen Repräsentationskrise, doch es gibt auch zarte Pflänzchen der Erneuerung. Aufgabe einer zeitgemäßen Arbeitssoziologie wäre es, das Abweichende zu nutzen, um auf unterschiedlichen Ebenen den analytischen Blick für Möglichkeiten einer strategischen Wahl sozialer Akteure zu schärfen. Dies wäre indessen nicht nur für einzelne Phänomene, sondern auch für den Kapitalismus als soziale Formation zu leisten.

In diesem Zusammenhang gilt es, die Innen-Außen-Dialektik kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Bereiche analytisch mit einer neuen Wendung zu versehen: „Der Kapitalismus“, schrieb Fernand Braudel im Schlusskapitel seiner großartigen Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts, „kann nicht durch einen ‚endogenen‘ Verfall zugrunde gehen; nur ein äußerer Stoß von extremer Heftigkeit im Verein mit einer glaubwürdi-

gen Alternative könnte seinen Zusammenbruch bewirken“.<sup>27</sup> Dass solche externen Schocks bevorstehen können, lässt sich angesichts von Klimawandel und dramatischen globalen Ungleichheiten nicht von der Hand weisen.

Glaubwürdige Systemalternativen sind in der postsozialistischen Ära indessen vorerst nicht in Sicht. Um sie überhaupt denken zu können, ist es notwendig, den Kapitalismus als soziale Formation wieder in den Blick zu nehmen und mit ihm jene „lebendige Dialektik zwischen dem Kapitalismus und jenem gegensätzlichen ... Bereich, der nicht als echter Kapitalismus bezeichnet werden kann“.<sup>28</sup> Eine solche Perspektive setzt, das habe ich hoffentlich zeigen können, eine Erneuerung des kapitalismustheoretischen Fundaments der Arbeitssoziologie zwingend voraus. Das Landnahme-konzept bietet den Rahmen für eine Suchstrategie, die für unterschiedliche Theorieprogramme anschlussfähig ist.

## Anmerkungen

- 1 Beim vorliegenden Text handelt es sich um die gekürzte Version des Eröffnungsvortrags zur Konferenz „Bringing Capitalism back in! Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie“, die am 5./6. Oktober in Jena stattfand.
- 2 Streeck, Wolfgang, 2009: *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford, University Press.
- 3 Die ZEIT (Hg.), 2009: *ZEITgeschichte 3/2009: Der Prophet der Krise*. Karl Marx. Hamburg.
- 4 Stefan Kühl, 2004: *Arbeits- und Industriesoziologie. Soziologische Themen*. Bielefeld.
- 5 Deutschmann, Christoph, 2002: *Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen. Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten*. Weinheim.
- 6 Dörre, Klaus, 2009: Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: *Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt a. M. S. 21-86.
- 7 Rosa, Hartmut, 2009: Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik. In: Ebd., S. 87 – 125.
- 8 Lessenich, Stephan, 2009: Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Ebd., S. 126-180.
- 9 Marx, Karl / Engels, Friedrich, 1977/1848: *Das Manifest der kommunistischen Partei*. In: MEW 4. Berlin. S. 465 f.
- 10 Weiß, Anja / Berger, Peter A., 2008: Logik der Differenzen – Logik des Austausches. Beiträge zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten. In: Berger/Weiß (Hrsg.): *Transnationalisierung sozialer Ungleichheit*. Wiesbaden, S. 7-18, hier S. 11; Beck, Ulrich (1997): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt a. M.
- 11 Bourdieu, Pierre, 2000: *Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*. Konstanz.
- 12 Z. B. Aglietta, Michel, 2000: *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg; Hall, Peter A./ Soskice, David, 2001: *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford.
- 13 Arendt, Hannah, 2006: *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft [1951]*. 11. Aufl. München: S. 335.
- 14 Luxemburg, Rosa, 1975: *Die Akkumulation des Kapitals – Eine Antikritik*. In: *Gesammelte*

- Werke 5. Berlin. S. 413-523., hier: S. 307, 311.
- 15 Zur Diskussion z. B.: Nachhaltiges Wachstum? Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär 13. Wien, Oktober 2009, Ms.
  - 16 Marx, Karl, 1977: Das Kapital. I. Band. Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: MEW Bd. 23. Berlin:, S. 776 f.
  - 17 Harvey, David, 2005: Der neue Imperialismus. Hamburg: S. 147 f.
  - 18 Die Abwertung reproduktiver Arbeiten und der relative Ausschluss von Frauen aus sozial geschützter Vollzeitwerbsarbeit haben hier ebenso ihren historischen Ursprung wie der transitorische, auf relativer Entrechtung und Entwurzelung basierende Sonderstatus von Migranten.
  - 19 Harvey 2005, S. 147.
  - 20 Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte, Bd. 6. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument, S. 1341 f.
  - 21 Hall, Stuart, 1989: Das „Politische“ und das „Ökonomische“ in der Marxschen Klassentheorie. In: Ders.: Ausgewählte Schriften. Band 1: Ideologie, Kultur, Rassismus. Hrsg. von Nora Räthzel, Hamburg: Argument, S. 11-55.
  - 22 Boltanski, Luc / Chiapello, Eve, 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.
  - 23 Ebd., S. 46.
  - 24 Dazu ausführlicher: Klaus Dörre, Michael Behr, Dennis Eversberg, Karen Schierhorn 2009: Krise ohne Krisenbewusstsein? Zur subjektiven Dimension kapitalistischer Landnahmen. In: Prokla 157.
  - 25 Diese Überlegung verdanke ich einer Anregung von Hans-Jürgen Urban. Vgl. Ders., 2009, „Die Mosaik-Linke“. In: Blätter für Deutsche und internationale Politik, Jg. 54, Heft 5, S. 71-78.
  - 26 Scheer, Herrmann, 2008: Energie – neu denken!“. In: Widerspruch, 54 , Energie und Klima, S. 53-62.
  - 27 Braudel, Fernand, 1986: Sozialgeschichte des 15. – 18. Jahrhunderts. Band 3. Aufbruch zur Weltwirtschaft. München, S 702.
  - 28 Ebd., S. 706.

## Die Buchhandlung mit dem besonderen Angebot

Das Narrenschiff  
Buchhandlung Schwabe AG  
Im Schmiedenhof 10  
CH-4001 Basel  
Tel. +41 +61 261 19 82  
Fax +41 +61 263 91 84  
www.schwabe.ch  
narrenschiff@schwabe.ch

**Das Narrenschiff**  
Geisteswissenschaften Literatur